

BÜRGERBETEILIGUNG IN ULM

Eine Stadt stellt sich für die digitale Zukunft auf

Im Interview mit Claus-C. Wiegandt berichtet Christian Geiger über die Teilhabe in Ulm. Die städtische Geschäftsstelle „Digitale Agenda“ ist Koordinator, Netzwerker und Vordenker – nach Innen und Außen.



Foto: Siegfried Heiss

Christian Geiger

war zur Zeit des Interviews Mitarbeiter im Bereich „Zentrale Steuerung / Team IT“ der Stadt Ulm. Inzwischen ist er Chief Digital Officer bei der Stadt Sankt Gallen in der Schweiz.
christian.geiger@stadt.sg.ch

Herr Geiger, Sie arbeiten in der Stadtverwaltung in Ulm und beschäftigen sich mit dem Projekt ulm 2.0. Was verbirgt sich hinter diesem Projekt?

Das Thema ulm 2.0 haben wir seit etwa fünf bis sechs Jahren auf der Agenda. Es geht darum, die Stadt für die Zukunft mit den digitalen Themen vorzubereiten. Anfangs war das Projekt so ausgerichtet, dass wir darunter vor allem Bürgerbeteiligung und Open Data, Transparenz und Innovation gefasst haben. Nach und nach haben wir den Fokus dann erweitert und sind von den reinen Beteiligungsthemen zu den Digitalisierungsthemen gekommen: Mobilität, Energie, Infrastruktur – auch Kultur, Bildung und Forschung. Dabei verfolgen wir eine Bottom-up-Strategie und versuchen, so viele Akteure wie möglich vor Ort einzubeziehen. Dieser Wandel hat vor etwa zwei Jahren stattgefunden.

Was steckt hinter dem Schritt zur Digitalisierung?

Eine Stadtverwaltung ist traditionell eher auf die Binnenperspektive fokussiert. Als klassischer IT-Bereich macht man sich zuerst eher Gedanken über die Prozesse, die Server und die Software, aber weniger über Themen, welche noch direkter nach Außen wirken, wie zum Beispiel Bürgerbeteiligung. Dies ist später hinzugekommen. Im Rahmen der Digitalisierung wurde das Aufgabenfeld breiter. Die Stadt ist jetzt nicht mehr nur der Akteur, der ein „eigenes Unternehmen“ ist, und auch nicht nur der Akteur, der Beteiligungsprozesse ermöglicht, sondern die Stadt wird zu dem Akteur, der für die Wissenschaft und die Unternehmen, für sämtliche Akteure in der Stadt, den Raum bzw. das Wirkungsfeld für die Digitalisierung bereitet.

Bleiben wir noch einmal bei der Binnenperspektive. Welche Rolle spielen die neuen Medien innerhalb der Stadtverwaltung?

Ganz am Anfang stand die Frage, wie die Stadt von morgen aussieht. Es wurde eine Breitbandinitiative gestartet, um Grundlagen zu schaffen. Dann hat man sich angeschaut, wie die Stadt im Bereich der Sozialen Medien unterwegs ist - also Facebook und Twitter. Im Anschluss kamen die Beteiligungsthemen. Dabei ging es nicht nur um eine digitale, sondern auch die analoge Teilhabe. Mit dem Rat wurde dis-

kutiert, wie weit eine solche Beteiligung reichen darf und was sie leisten kann. Stichworte sind hier „Repräsentativität“ und „Qualität“ von Beteiligung.

Wurde diese Debatte über Beteiligung allgemein geführt oder war sie auf konkrete Projekte bezogen?

Angefangen hat man mit der Beteiligung zum Nahverkehrsplan und zum Bahnhofsvorplatz. Es wurde gleichzeitig aber auch allgemein über Teilhabe diskutiert. Mittlerweile ist eine Bürgerbeteiligung zu jedem Bauvorhaben in Ulm ein Standard. In den letzten vier Jahren hat sich hier extrem viel entwickelt. Wir haben viel gelernt und die Erfahrung gemacht, dass in der Beteiligung zahlreiche konstruktive Vorschläge gemacht werden. Parallel zur digitalen Beteiligung gibt es immer auch eine analoge Form.

Können Sie dies an einem Beispiel schildern?

Ein gutes Beispiel ist der „Hindenburg-Dialog“ zu einem Quartier, das mittlerweile auch unter dem Namen „Am Weinberg“ läuft. Es handelt sich um die Umnutzung eines ehemaligen Bundeswehr-Areals. Die Beteiligung startete sehr früh, noch bevor es genaue Gemeinderatsbeschlüsse gab. Damit ist es ein Prozess, der von den ersten Planungen bis zum Einzug der Bewohner mindestens acht Jahre dauert.

Wer ist für diesen Beteiligungsprozess verantwortlich?

Inhaltlich hat es eine Kollegin aus dem Baubereich betreut, welche die Vorlagen geschrieben hat. Von ihr kam auch die Idee, den Prozess digital auszugestalten. Ich habe den Prozess dann technisch unterstützt. Am Anfang war es für uns schwierig, auf bestimmte Fragen zu antworten, weil noch vieles unkonkret und offen war und Entscheidungen noch nicht gefallen waren. Ich glaube aber dennoch, dass es gut ist, nicht erst mit der Beteiligung anzufangen, wenn die Bagger schon rollen. Das wäre ja eine „Placebo“-Beteiligung. Die Leute sollten von der ersten Idee an eingebunden werden.

Welche Erfahrungen haben Sie mit undisziplinierten Äußerungen im Netz gemacht?

Nur ganz selten beobachten wir dieses Phänomen. Irgendwann setzt eine soziale Kontrolle ein. Shitstorms hat es nicht gegeben.

Hat sich das Planungsamt an das zentrale IT-Team der Stadtverwaltung gewandt bzw. welche Rolle spielten externe Agenturen in dem Prozess?

Wir nutzen die technische Lösung eines externen Anbieters. Hierzu haben wir vor etwa zwei Jahren eine neuartige Cloud-Lösung erprobt.

Sie nutzen also jetzt ein Tool, das eine Agentur entwickelt hat und das Sie übernommen haben?

Es handelt sich um ein Instrument, das nur bei diesem Prozess eingesetzt wurde. Wir haben auch in anderen Bereichen Online-Plattformen genutzt. Beispielsweise bei der „Zukunftsstadt 2030“, wo wir mit den Bürgern eine digitale Ideensammlung erstellt haben. Die Online-Plattform hierfür haben wir in mehreren verschiedenen Projekten der Bürgerbeteiligung eingesetzt. Eines meiner Ziele war dabei, das Beteiligungsthema stärker zentral zu strukturieren, um den einzelnen Fachbereichen ein Angebot machen zu können. Früher gab es dezentral zahlreiche verschiedene Seiten in unterschiedlicher Qualität. Hinzu kamen noch verschiedene Domain-Namen, die dazu führten, dass die Bürger die Inhalte nur schlecht finden konnten. Deshalb bündeln wir jetzt bestimmte Sachen.

Wie heißt Ihre Einrichtung?

Unsere Einrichtung heißt Grundsatzfragen 2.0. Historisch bedingt ist der IT-Bereich dem Ersten Bürgermeister zugeordnet, der seit eineinhalb Jahren nun Oberbürgermeister ist. Die Zuordnung von ulm 2.0 wird sich nun ändern, sodass der Bereich um die digitalen Themen als Geschäftsstelle mit der neuen Bezeichnung „Digitale Agenda“ direkt zum Oberbürgermeister kommt. Im Bereich ulm 2.0 erfüllen wir praktisch koordinierende Aufgaben und sind zugleich In-house-Consulting, Vordenker und Netzwerker.

Wo gehen Ihre Aufgaben über die Bürgerbeteiligung hinaus?

Bei unseren Aktivitäten geht es heute um die Aufstellung der Stadt für die Zukunft. Das eine ist die klassische Bürgerbeteiligung, innovative Meinungen in die Verwaltung zu holen; das andere ist bei den digitalen Ansätzen, Lösungen innerhalb bestehender Themen zu finden. Als Stadt machen wir uns auf den Weg, smarter zu werden, um uns beispielsweise im Bereich „Parken“ mittels Sensorik neu aufzustellen. Auch das Thema „Rückmeldungen der Bürger an die Stadt, also das „Anliegenmanagement“, steht hier auf unserer Agenda.

Wer darf die sozialen Medien bei Ihnen in der Verwaltung für sein Tagesgeschäft nutzen?

Unsere Stadt hat eine Social-Media-Guideline, die auf recht dezentralen Erfahrungen aufbaut. Auf Facebook gibt es nicht nur einen Kanal für die Stadt Ulm, der viele tausend Nutzer hat und durch die zentrale Öffentlichkeitsarbeit bespielt wird, sondern es gibt für das Theater, den Tiergarten und andere Institutionen eigene Facebook-Seiten. Der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit koordiniert die Gesamtheit von Facebook, Twitter, Youtube und Instagram und hat die Federführung.

Wie geht Ihre Verwaltungsspitze damit um, mit einer Stimme zu sprechen?

Bei einer Beteiligung im Rahmen von Bauprojekten hat es natürlich einen Grund, dass nicht alles von einer Agentur gemacht wird. Bei inhaltlichen Aussagen müssen die Fachabteilungen dahinter sein. Es muss eine Abstimmung geben, damit die Dinge kommuniziert werden, die fachlich notwendig und nicht anders möglich sind. Inhalte müssen korrekt wiedergegeben werden. Es können nicht von verschiedenen Seiten zu einer Thematik unterschiedliche Aussagen getroffen werden.

Vielen Dank Herr Geiger und alles Gute für Ihre weitere Arbeit.
